

Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **48 (2021)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Livia Leu



Sie hat den schwierigsten Job der Schweizer Diplomatie: Livia Leu muss als neue Chefunterhändlerin des Bundesrates das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) nachverhandeln. Eine Herkulesaufgabe: Am harten EU-Dossier haben sich schon Leus Vorgänger die Zähne ausgebissen. Doch die 59-jährige Spitzendiplomatin hat in ihrer langen Karriere schon andere heikle Herausforderungen gemeistert. So wurde sie 2008 von der damaligen Aussenministerin Micheline Calmy-Rey auf den Botschafterposten nach Teheran geschickt – als erste weibliche Chefin einer ausländischen Mission in der islamischen Republik. Dort vertrat die Schweizer Botschafterin auch die Interessen der mit dem Iran verfeindeten USA. So setzte sich Livia Leu erfolgreich für die Freilassung von drei jungen US-Touristen ein, die unter dem Verdacht der Spionage zwei Jahre im berühmten Evin-Gefängnis schmorteten.

Nach knapp fünf Jahren im Iran kehrte Leu 2013 mit ihrer Familie nach Bern zurück und leitete fortan in der Bundesverwaltung den Bereich Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen. 2018 folgte die Berufung auf den prestigeträchtigen Botschafterposten in Paris. Von dort holte sie Bundesrat Ignazio Cassis letzten Herbst wieder zurück ins Aussendepartement. Als neue Unterhändlerin soll Leu frischen Wind in das blockierte EU-Thema bringen. Bei ihrer Vorstellung vor den Medien sprach Leu diplomatisch von einer «grossen Herausforderung, auf die ich mich freue». Von Journalisten nach dem Verhandlungsspielraum in Brüssel gefragt, liess sich die gewiefte Taktikerin nicht in die Karten blicken. Sie verriet nur so viel: Gefragt sei «Verhandlungskreativität». Was das heisst? «Es gibt nicht immer nur ein A oder B.»

THEODORA PETER

Er will sie nicht, er will sie doch

SVP-Tribun und alt Bundesrat Christoph Blocher erhält eine Rente von 1,1 Millionen Franken. Nach seiner Abwahl aus dem Bundesrat im Jahr 2007 erklärte der Milliardär zwar öffentlich, er verzichte auf jegliches Ruhegehalt. Im Juli 2020 forderte er aber doch rückwirkend eine Rente von 2,7 Millionen ein. Die Landesregierung entschied nun, ihm 1,1 Millionen Franken auszuzahlen – und alles vorzukehren, dass in Zukunft vergleichbare Forderungen nicht mehr möglich sind. (MUL)

Schwere Vorwürfe gegen Darius Rochebin

Die «Schweizer Revue» stellte in ihrer letzten Ausgabe den Starjournalisten Darius Rochebin vor – und praktisch zeitgleich wurde publik, dass gegen ihn schwere Vorwürfe erhoben werden. Laut der Zeitung «Le Temps» werfen Mitarbeitende des Westschweizer Fernsehens RTS mehreren Vorgesetzten sexuelle Belästigung vor. Zu den Angeschuldigten zählt Darius Rochebin. Gilles Marchand, Direktor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft und bis 2017 selber RTS-Chef, räumte Fehler ein und forderte die rasche Aufklärung der Missstände. Deren Ergebnisse liegen noch nicht vor. (MUL)

Die CVP nimmt das Christliche aus ihrem Namen

Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) trennt sich vom C in ihrem Namen. Die Partei hat im November beschlossen, die CVP werde ab 2021 neu «Die Mitte» heissen. Das Hauptmotiv für die Namensänderung: Ohne das Attribut «christlich» sei es leichter, urbane Wählerinnen und Wähler der politischen Mitte anzusprechen. Hervorgegangen war die CVP aus dem katholisch-konservativen Milieu des 19. Jahrhunderts. Seit 1891 ist die Partei im Bundesrat vertreten. (MUL)

Die BDP fusioniert mit der CVP

Die Schweizer Politik wird um eine Partei ärmer. Die 2008 gegründete Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) wird künftig ebenfalls als «Die Mitte» auftreten, verschmilzt also mit der bisherigen CVP. Schon in den letzten Jahren politisierten CVP und BDP auf nationaler Ebene Seite an Seite. Während die CVP in katholischen Gebieten stark ist, ist dies die BDP besonders in den Kantonen Bern und Graubünden. (MUL)

Die «Ehe für alle» wird Realität

In der Schweiz ist der Weg für die «Ehe für alle» geebnet. Nach dem Nationalrat entschied im Dezember auch der Ständerat, dass homosexuelle Paare in der Schweiz künftig heiraten dürfen. Lesbische Paare sollen zudem per Samenspende Kinder bekommen dürfen. (MUL)